

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das badische Beamtengesetz mit Gehaltsordnung und Gehaltstarif

Baden

Karlsruhe i. B., 1908

IV. Etatgesetz

[urn:nbn:de:bsz:31-318637](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-318637)

IV. Etatgesetz.

(Gesetz über den Staatsvoranschlag und die Verwaltung
der Staats-Einnahmen und -Ausgaben)

vom 22. Mai 1882

in der vom 1. Juli 1908 an gültigen Fassung.

(Auszug.)

Abschnitt III.

Besondere Vorschriften über die Behandlung des
Diensteinkommens und sonstiger Bezüge der
Beamten.

Artikel 14.

Zulässigkeit etatmäßiger Anstellung.

Beamte, deren Diensteinkommen, Ruhe-, Unterstützungs-
oder Versorgungsgehalt ganz oder teilweise der Staatskasse
zur Last fallen soll, können etatmäßig nur insoweit angestellt
werden, als die betreffenden Amtsstellen nach Art und Zahl
in der Behaltsordnung und im Staatsvoranschlag vorge-
sehen sind.

Artikel 15.

Bestreitung der dienstlichen, Ruhe-, und Hinter-
bliebenenbezüge für Anstalts- und Körperschaftsbeamte
im allgemeinen.

Hinsichtlich derjenigen Beamten, welche von der
Regierung oder unter deren Mitwirkung bei Stiftungs-
behörden, bei Behörden kirchlicher Vermögensverwaltungen,
bei öffentlichen Lehranstalten oder bei sonstigen mit eigenen

Einnahmen oder mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten öffentlichen Anstalten angestellt sind, ist die Staatskasse zur Bestreitung des Dienst Einkommens, der Ruhe-, Unterstützungs-, Sterbe- und Versorgungsgehälte nur insoweit verpflichtet, als eine solche Verpflichtung auf Grund des Gesetzes oder des Staatsvoranschlags festgesetzt oder übernommen ist.

Diejenige Kasse, welche das Dienst Einkommen solcher Beamten zu bestreiten hat, ist auch zur Bestreitung des Ruhe-, Unterstützungs-, Sterbe- und Versorgungsgehälts verpflichtet, soweit nicht gemäß den nachfolgenden Bestimmungen besondere Festsetzungen getroffen sind.

Artikel 16.

Die Ruhe- und Unterstützungsgehälte solcher Beamten insbesondere.

Vorbehaltlos ist die Staatskasse zur Bestreitung der Ruhe- und Unterstützungsgehälte verpflichtet hinsichtlich der Lehrer und anderen Beamten an Hochschulen und öffentlichen Lehranstalten, ferner an sonstigen öffentlichen Lehranstalten, sofern bei diesen ausschließlich die Staatskasse für den nach Verwendung der eigenen Einnahmen und der von Dritten geleisteten Zuschüsse verbleibenden Aufwand einzutreten hat.

Hinsichtlich der Lehrer und anderen Beamten an öffentlichen Lehranstalten, an deren Unterhaltung Gemeinden, Stiftungen und sonstige Körperschaften nicht lediglich mit festen Beiträgen beteiligt sind, besteht eine solche Verpflichtung der Staatskasse nur insoweit, als es durch eine auf Grund des Staatsvoranschlags getroffene Vereinbarung gesichert ist.

Von den Ruhe- und Unterstützungsgehälten der Beamten bei Behörden der weltlichen Stiftungen und der unter staatlicher Leitung stehenden Anstalten (wie die staatliche Gebäudeversicherungsanstalt), kann nur ausnahmsweise und durch landesherrliche Entschlieszung ein verhältnismäßiger Teil auf die Staatskasse übernommen werden; Voraussetzung

solcher Übernahme ist, daß der Beamte einen erheblichen Teil der bei Bemessung jener Gehalte anzurechnenden Zeit außerhalb des Dienstes der betreffenden Stiftung oder Anstalt im staatlichen Dienste zugebracht hat. Es bleibt jedoch vorbehalten, wenn die Mittel einer solchen Stiftung oder Anstalt zur Bestreitung der gedachten Last nicht ausreichen, auf Grund des hierüber gelieferten Nachweises und der Genehmigung im Staatsvoranschlag auch eine weitergehende Verpflichtung zu übernehmen.

Die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes finden auf Beamte bei Behörden kirchlicher Vermögensverwaltungen entsprechende Anwendung; außerdem sind Ruhe- und Unterstüßungsgehälter solcher Beamten – und zwar hinsichtlich der künftig anzustellenden auf Grund bezüglicher Genehmigung im Staatsvoranschlag – auch dann auf die Staatskasse zu übernehmen, wenn dies bei der Anstellung des Beamten durch den Landesherrn zugesichert wurde.

Artikel 17.

Die Versorgungsgehälter der Hinterbliebenen solcher Beamten insbesondere.

Zur Bestreitung der Versorgungsgehälter für Hinterbliebene der im ersten und zweiten Absatz von Artikel 16 bezeichneten Beamten ist die Staatskasse (Beamtenwitwenkasse) vorbehaltlos verpflichtet.

Jedoch hat für diejenigen im zweiten Absatz von Artikel 16 genannten Beamten, welche im Dienste der betreffenden Anstalt ihre erste etatmäßige Anstellung erhalten, ebenso für diejenigen jener Beamten, welche bei einer solchen Anstalt aus dem aktiven Dienst endgültig ausscheiden, die Anstaltskasse sowohl bei der Anstellung als beim Ausscheiden 30% des in diesem Zeitpunkt maßgebenden Einkommensanschlages als einmaligen Zuschuß an die Beamtenwitwenkasse zu entrichten.

Für die im dritten Absatz von Artikel 16 genannten Beamten kann die Staatskasse die Verpflichtung zur Bestreitung der Versorgungsgehälter nur mit der Maßgabe übernehmen, daß die Stiftung oder Anstalt den vorerwähnten

einmaligen Zuschuß an die Beamtenwitwenkasse zu entrichten und von dem Versorgungsgehalt einen für jede Anstalt oder Stiftung nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit durch Verfügung der zuständigen Ministerien zu bestimmenden angemessenen Teil zu ersetzen hat. Jeder Stiftung oder Anstalt bleibt indessen vorbehalten, die Versorgungsgehälte allein zu bestreiten.

Für Beamte kirchlicher Vermögensverwaltungen gelten die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes; daneben bleibt vorbehalten, auf Grund bezüglicher Genehmigung im Staatsvoranschlag nach Bedarf den vollen Versorgungsgehalt zu Lasten der Staatskasse (Beamtenwitwenkasse) zu übernehmen. Indessen gelten die Bestimmungen dieses Absatzes nur insolange, als nicht ein Staatsgesetz erlassen wird, welches den Kirchen oder einer derselben eine Besteuerung ihrer Angehörigen für allgemeine kirchliche Bedürfnisse mit der Befugnis zur zwangsweisen Erhebung der bezüglichen Steuer einräumt.

Bei Anwendung der Vorschriften im dritten und vierten Absatz dieses und des vorhergehenden Artikels ist im Einzelfalle ein höherer Einkommensanschlag, als er für gleichartige Beamte der allgemeinen Staatsverwaltung erreichbar ist, nicht zu Grunde zu legen.

Anstalten der in § 118 Elementarunterrichtsgesetzes bezeichneten Art können im Einzelfalle von dem zuständigen Ministerium mit Zustimmung des Finanzministeriums von der Entrichtung der ihnen wegen Übernahme der Versorgungsgehälte auf die Staatskasse obliegenden Leistungen an die Beamtenwitwenkasse entbunden werden.

Artikel 17a.

Verwaltung der Beamtenwitwenkasse.

Die aus Anlaß der gesetzlichen Vorschriften über den Versorgungsgehalt zu vollziehenden Einnahmen und Ausgaben der Staatskasse sind von dem Haushalte der allgemeinen Staatsverwaltung getrennt zu halten.

Die hierwegen sich ergebenden Geschäfte besorgt unter der Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums ein durch

landesherrliche Entschliehung zu ernennender „Verwaltungs-
rat der Beamtenwitwenkasse.“

Artikel 17b.

Staatszuschuß zur Beamtenwitwenkasse.

Soweit der Vermögensertrag und die sonstigen Ein-
nahmen der Beamtenwitwenkasse nicht hinreichen, neben
den Lasten und Verwaltungskosten die Versorgungsgehälte
(auch Benefizien, Staatspensionen, Witwen- und Waisen-
gelder) zu bestreiten, ist ihr aus den Mitteln der allgemeinen
Staatsverwaltung ein Zuschuß in der Höhe des zur Er-
haltung des Gleichgewichts der Einnahmen und Ausgaben
der Kasse erforderlichen Betrags zu leisten.

Dieser Zuschuß soll jeweils durch den Staatsvoranschlag
festgestellt werden.

Artikel 18.

Wandelbare Bezüge.

In den Einkommensanschlag eines etatmäßigen Beamten
können neben dem Gehalt und Wohnungsgeld wandelbare
Bezüge nur bis zu dem in der Gehaltsordnung genehmigten
Betrag aufgenommen werden.

Artikel 19.

(Aufgehoben.)

Artikel 20.

Dienst- und Mietwohnungen.

Dienstwohnungen in den vom Staat verwalteten oder
gemieteten Gebäuden können an etatmäßige Beamte nur
auf Grund bezüglicher Genehmigung im Staatsvoranschlag
gewährt werden. Die etwa zu entrichtenden Mietzinse
sind im Staatsvoranschlag ersichtlich zu machen.

Soweit sonst entbehrliche Räume in den vom Staat
verwalteten oder gemieteten Gebäuden einem etatmäßigen
Beamten zur Benützung als Wohnung überlassen werden,
ist dafür der ortsübliche, für Familienwohnungen aber
mindestens ein dem Wohnungsgeld der betreffenden Dienst-
und Ortsklasse gleichkommender Mietzins zu erheben.

Artikel 21.

Dienstzulagen, Nebengehalt und sonstige Bezüge.

Neben den in der Gehaltsordnung festgestellten Bezügen, dem Wohnungsgeld, den vorschriftsmäßigen Dienstaufwandsentschädigungen und Gebühren dürfen einem etatmäßigen Beamten ständige oder ständig wiederkehrende Bezüge für den Hauptdienst, für staatliche Nebenämter oder Nebenaufträge aus der Staatskasse oder einer vom Staat verwalteten Kasse nur insoweit gewährt werden, als dies im Staatsvoranschlag ausdrücklich genehmigt ist.

Zu Gunsten richterlicher Beamten können, außer den in der Gehaltsordnung zugelassenen Fällen, derartige Bezüge nur für außerhalb ihres Dienstkreises liegende Geschäfte in den Staatsvoranschlag aufgenommen werden.

Artikel 22.

Gehaltsetat.

Die Anforderungen für Gehalte der etatmäßigen Beamten sind in besonderen Paragraphen des Voranschlags zusammenzufassen (Gehaltsetats); in denselben, jedoch getrennt von den Gehalten, sind auch die Dienstzulagen anzufordern.

Die Anforderungen bezüglich der Zahl und Art solcher Beamten, welche ihr Dienststeinkommen durch Vermittelung einer Anstaltskasse beziehen oder deren Dienststeinkommen nur teilweise oder überhaupt nicht aus der Staatskasse bestritten wird, können in den Anlagen des Staatsvoranschlags gestellt werden.

Besonders anzufordern sind die Mittel zu der aus Billigkeitsgründen erfolgenden Schadloshaltung etatmäßiger Beamter für den Ausfall am Ertrag wandelbarer Bezüge.

Artikel 23.

Anderer persönliche Ausgaben.

Die Nebengehalte der etatmäßigen Beamten, ferner die ständigen Bezüge der nicht etatmäßig angestellten Beamten und der übrigen im Dienst der Staatsverwaltung

stehenden Personen sind in besonderen, nach Bedürfnis weiter zu zerlegenden Voranschlagsparagrafen für „andere persönliche Ausgaben“ anzufordern.

Die Zahl und Art der nicht etatmäßig angestellten Beamten ist dabei ersichtlich zu machen.

Artikel 24.

Effektivetat und Budgetsatz für Gehalte.

Jeder Hauptabteilung des Staatsvoranschlags ist ein Effektivetat, d. h. eine Übersicht über Zahl, Art und Bezüge der etatmäßig angestellten Beamten nach dem neuesten Stand beizugeben und es sind dabei die für die nächste Budgetperiode, unter Berücksichtigung der angeforderten Stellenzahl, zu erwartenden Änderungen im Betrag des Aufwandes für Gehalte, einschließlich der für Dienstzulagen, summarisch nachzuweisen.

Der hierdurch sich ergebende Betrag ist in dem betreffenden Gehaltsetat als Budgetsatz einzustellen.

Etatmäßige Beamte, für welche der Gehaltstarif keine Gehalte vorgeesehen hat, sind mit Angabe des Effektivetats nach der Vorschrift des ersten Absatzes dieses Artikels und mit Angabe des Gesamtbetrages an Gehalten und Dienstzulagen, welcher zur Verwendung in der nächsten Budgetperiode angefordert wird, für sich gesondert aufzuführen.

Artikel 25.

Budgetsatz für Wohnungsgeld.

Die Budgetsätze für Wohnungsgeld sind nach dem neuesten Stand dieser Bezüge unter Berücksichtigung der zu erwartenden Änderungen zu berechnen.

Artikel 26.

Verwendung des Gehaltsetats.

Die Zahl der in den Gehaltsetats genehmigten etatmäßigen Stellen jeder Art darf nicht überschritten werden.

Eine Vermehrung des Personals in außerordentlichen Bedürfnisfällen kann nur durch Verwendung nicht etatmäßig angestellter Beamter oder außerhalb des Beamtenverhältnisses stehender Personen erfolgen.

Die Beträge, welche für Gehalte, Dienstzulagen und Wohnungsgeld etatmäßiger Beamter im Staatsvoranschlag aufgenommen sind, dürfen nur nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Gehaltsordnung verwendet und nur insoweit überschritten werden, als es durch den Vollzug der Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes oder der Gehaltsordnung gerechtfertigt ist.

Die Verleihung von Gehalten und Dienstzulagen an Beamte der im dritten Absatz von Artikel 24 bezeichneten Art darf nur innerhalb der Budgetbewilligung stattfinden.

Ist eine im Staatsvoranschlag bewilligte etatmäßige Stelle als künftig wegfallend bezeichnet, so hat, wenn nicht im Staatsvoranschlag wegen dieser Bezeichnung etwas Anderes bestimmt ist, im Fall eingetretener Erledigung die Wiederbesetzung der Stelle zu unterbleiben.

Artikel 27.

Insbesondere bei Versetzung oder Wiederanstellung.

Die Versetzung eines etatmäßigen Beamten soll regelmäßig nur in der Weise stattfinden, daß weder die Überschreitung des Höchstgehalts, welcher für die dem Beamten zuzuweisende Amtsstelle genehmigt ist, nötig fällt, noch auch ein Rechtsanspruch des Beamten auf Schadloshaltung für einen Ausfall am Ertrag der an Stelle von Gehalt zugesicherten wandelbaren Bezüge entsteht.

Gleiches gilt für die Zurückberufung eines Beamten aus dem Ruhestand in den aktiven Dienst.

Eine Ausnahme von dieser Vorschrift kann nur verfügt werden, wenn dieselbe durch dringende Gründe des dienstlichen Interesses gerechtfertigt ist, und nur im Benehmen mit dem Finanzministerium.

Artikel 28.

Außerordentliche Belohnungen.

Zur Gewährung von außerordentlichen Belohnungen an etatmäßige Beamte sind für den Geschäftskreis jeder obersten Staatsbehörde und der Eisenbahnverwaltung nach gleichmäßigen Grundsätzen zu bemessende Beträge anzufordern.

Außerordentliche Belohnungen dürfen nur verwilligt werden

1. an etatmäßige Beamte, die bei gegebenem Anlaß durch außergewöhnliche und besonders hervorragende Dienstleistungen oder durch besondere Umsicht, Unerschrockenheit oder Geistesgegenwart sich hervorgetan haben,
2. außerdem an etatmäßige technische Beamte, die um besonders schwierige Bauwerke in hervorragendem Maße sich verdient gemacht haben. Die Mittel hiefür sind im Staatsvoranschlag jeweils mit Benennung der einzelnen Bauwerke anzufordern.

Landesherrlich angestellte Beamte können außerordentliche Belohnungen nur durch landesherrliche Entschliebung erhalten.

Erübrigungen aus diesen Etatsätzen sind auf die nächste Budgetperiode übertragbar.

Aus anderen Etatsätzen dürfen außerordentliche Belohnungen an etatmäßige Beamte nicht geschöpft werden.

Die Belohnungen, die an staatliche technische Beamte für die Besorgung von Geschäften technischer Art für Kreise, Gemeinden, Körperschaften und Stiftungen verwilligt zu werden pflegen, werden durch die vorstehenden Vorschriften nicht berührt.

Artikel 29.

Beihilfen an etatmäßige Beamte.

Zur Gewährung von Beihilfen an etatmäßige Beamte sind für den Geschäftskreis jeder obersten Staatsbehörde und der Eisenbahnverwaltung nach gleichmäßigen Grundsätzen zu bemessende Beträge anzufordern.

Solche Beihilfen dürfen nur in besonders begründeten Fällen der Hilfsbedürftigkeit in einmaligen Beträgen gewährt werden.

Die Bestimmungen in Absatz 3, 4 und 5 des Artikels 28 finden auch auf diese Beihilfen Anwendung.

Artikel 30.

Beihilfen an zuruhegesetzte und an entlassene Beamte.

Zur Gewährung von Beihilfen an zuruhegesetzte und an entlassene vormals etatmäßige Beamte sind im Staatsvoranschlag die erforderlichen Mittel vorzusehen.

Die Beihilfen können nur im Falle dringenden Bedürfnisses verwilligt werden und zwar je nach den vorliegenden Umständen in einmaligen Beträgen oder in widerruflicher Weise für eine Reihe von Jahren.

Vor dem 1. Juli 1908 zuruhegesetzten Beamten kann die Beihilfe auch als widerrufliche Aufbesserung des gesetzlichen Ruhegehalts gewährt werden. Die hiefür bestimmten Mittel sind im Staatsvoranschlag gesondert anzufordern.

Erübrigungen aus diesen Etatsätzen sind auf die folgende Budgetperiode und untereinander übertragbar.

Artikel 30 a.

Beihilfen an Hinterbliebene von etatmäßigen Beamten.

Zur Gewährung von Beihilfen an Hinterbliebene etatmäßiger Beamter, und zwar auch solcher, die zuruhegesetzt oder entlassen waren, sind im Staatsvoranschlag die erforderlichen Mittel vorzusehen.

Die Beihilfen können im Falle dringenden Bedürfnisses verwilligt werden

1. an die Witwen,
2. an die ledigen Söhne und Töchter, die das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben oder deren Mutter nicht mehr lebt,

und zwar je nach den vorliegenden Umständen in einmaligen Beträgen oder in widerruflicher Weise für eine Reihe von Jahren.

Den Hinterbliebenen von Beamten, die vor dem 1. Juli 1908 gestorben oder zuruhegesezt worden sind, kann die Beihilfe auch als widerrufliche Aufbesserung des gesetzlichen Versorgungsgehalts gewährt werden. Die hiefür bestimmten Mittel sind im Staatsvoranschlag gesondert anzufordern.

Erübrigungen aus diesen Etatsätzen sind auf die folgende Budgetperiode und untereinander übertragbar.

Artikel 31.

Zahlbarkeit ständiger Bezüge.

Die Zahlungen an Gehalt, Wohnungsgeld, Ruhegehalt und anderen ständigen Bezügen etatmäßiger Beamter und der Hinterbliebenen von Beamten können geleistet werden, sobald die erste Hälfte des Zeitraums, für welchen die Zahlung erfolgt, umlaufen ist.*)

*) Verordnung des Finanzministeriums vom 28. Dezember 1889, die Zahlung der ständigen Bezüge an aktive und im Ruhestand befindliche Beamte und an Hinterbliebene von Beamten (VOBl. der Steuerdirektion 1890 Seite 1).